



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

20. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

zunächst einmal möchte ich Ihnen allen ein frohes und gesundes Neues Jahr wünschen.

In dieser ersten Sitzungswoche des Jahres standen natürlich auch die Geschehnisse des 19. Dezember auf dem Berliner Weihnachtsmarkt auf der Tagesordnung. Zwölf Menschen haben ihr Leben durch einen gewaltsamen Terroranschlag verloren und zahlreiche Opfer wurden zum Teil schwer verletzt. Zu Beginn des Plenums haben alle Abgeordneten der Opfer gedacht.

Um das Geschehene lückenlos aufzuklären, haben wir uns in der Koalition darauf verständigt, dass eine Task-Force des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Hintergründe der Tat beleuchtet. Nach dem, was heute über den Attentäter bekannt ist, muss die Sicherheitsarchitektur in Deutschland überdacht werden. Wir wissen nun, dass der Rechtsstaat seine Mittel nicht ausgeschöpft hat!

In dieser Legislaturperiode wurde bereits viel im Bereich der Inneren Sicherheit erreicht, das Personal bei den Sicherheitsbehörden wurde deutlich aufgestockt und deren Befugnisse ausgeweitet. Wir sind uns einig, weitere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit auf den Weg zu bringen, wie etwa einen weitergehenden Einsatz von Fußfesseln bei Gefährdern. Bundesinnenminister de Maizière hatte bereits im Oktober letzten Jahres konkrete Vorschläge für die Senkung der Hürden bei der Abschiebehaft und eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams vorgelegt, die der Koalitionspartner damals abgelehnt hat. Gut, dass nun eine Einigung innerhalb der Koalition erzielt werden konnte.



Bundespolitik für starke ländliche Räume

Erstes Thema in den Plenardebatten war der Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume. Das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen, sieht die Bundesregierung als noch nicht erreicht an. Es bleibt eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, dieses Ziel weiterzuverfolgen. Weitere Informationen dazu, können Sie gerne dem beigefügten Anhang entnehmen.

Rede zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften

Als zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Umsetzung der EU-Pauschalreiserichtlinie habe ich am Donnerstag im Plenum gesprochen. Mit diesem Gesetzentwurf soll die Rechtslage im Bereich des Tourismus- und Reisemarktes an die neuen Entwicklungen der vergangenen Jahre angepasst werden. Im Fokus stehen dabei vor allem, Regelungen für Buchungen im Internet exakter zu fassen und neben der Pauschalreise die neu eingeführte Kategorie der verbundenen Reiseleistung rechtssicher zu gestalten.

Die Rede dazu finden Sie unter folgendem Link auf meiner Homepage: <http://kathrin-roesel.de/Mediengalerie/Video.html>

Hasskommentaren im Netz effektiver begegnen

Die Betreiber sozialer Medien tragen eine Mitverantwortung für eine massenhafte Verbreitung von Falschmeldungen und Hassbotschaften, da sie die Instrumente dafür zur Verfügung stellen.

Die Union hat schon frühzeitig gefordert, dass rechtswidrige Kommentare in sozialen Medien schnellstmöglich wieder gelöscht werden sollen. Es gilt, die bereits bestehenden gesetzlichen

Verpflichtungen effektiver auszugestalten und durchzusetzen.

Die von Hetze Betroffenen müssen schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb wollen wir die Betreiber verpflichten, leicht zugängliche Beschwerdestellen vorzuhalten und innerhalb von 24 Stunden auf gemeldete Hasskommentare und verleumderische Fake-News zu reagieren. Ansonsten soll eine empfindliche Strafzahlung erfolgen. Das Bußgeld muss wirken und im Zweifel auch wehtun. Es geht neben dem Schutz der Persönlichkeit um nicht mehr und nicht weniger als den Schutz unserer Demokratie, deren Grundlage auf einem offenen Meinungsaustausch im Rahmen der Rechtsordnung beruht.

Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen

Den Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Maas zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls haben wir gestoppt. Wir wollen, dass Einbruchdiebstahl mit einer Mindeststrafe von einem Jahr geahndet und somit die Einstellung von Verfahren erschwert wird. Zudem sollen die Strafermittlungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung dieser Straftaten einsetzen können. Dies sieht der Gesetzentwurf des Bundesjustizministers bisher nicht vor. Wir fordern nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben, und werden darüber auch öffentlich diskutieren.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte

Wir haben in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung auf fortgesetzte und erweiterte Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in **Mali** (MINUSMA) beraten. Zentrales Ziel der Mission im Norden des westafrikanischen Staats bleibt es, die Einhaltung der Waffenruhe und vertrauensbildenden Maßnahmen in der Bevölkerung zu unterstützen. Das Mandat soll unverändert bis zum 31. Januar 2018 verlängert, die bisherige Obergrenze von 650 Soldaten aber deutlich auf bis zu 1000 Soldaten erhöht werden.

Ebenso wurde über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der **Region Kurdistan-Irak** und der irakischen Streitkräfte beraten.

Das Mandat soll bis zum 31. Januar 2018 verlängert werden. Die Mandatsobergrenze bleibt unverändert bei 150 Soldaten.

Besuch aus dem Wahlkreis

Am Samstag freute ich mich über den Besuch von 50 Schülerinnen und Schülern aus der Oberstufe des Gymnasiums Soltau. Nach einer Plenarsaalbesichtigung habe ich von meiner Arbeit hier im Bundestag berichtet und stellte mich den interessierten Fragen der Jugendlichen.



Und sonst?

Meine Kollegin Michaela Noll ist neue **Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**. Sie ist am Donnerstag in der Plenarsitzung in geheimer Wahl zur Nachfolgerin für den verstorbenen Vizepräsidenten Peter Hintze gewählt worden.

In der nächsten Woche...

...findet eine weitere Sitzungswoche statt. Dr. Frank-Walter Steinmeier wird sich am Dienstag in der Fraktionssitzung als Kandidat für das Bundespräsidentenamt vorstellen.

In Berlin findet die Internationale Grüne Woche statt. Neben einem gemeinsamen Abend mit meinen niedersächsischen Kollegen, werde ich dort den Messestand des Landkreises Heidekreis besuchen. Den Abschluss der Woche bilden die Neujahrsempfänge in Sottrum und in Neuenkirchen mit Bernd Althusmann.

Ihre

Kathrin Rösel MdB